

NRW

Flüchtlinge sollen gleichmäßiger verteilt werden

Düsseldorf (lnw). Die Landesregierung will Flüchtlinge im kommenden Jahr gleichmäßiger auf die Städte und Gemeinden in NRW verteilen. Kommunen, die bislang nicht die vorgesehene Aufnahmequote erfüllten, sollten dann mehr Flüchtlinge zugewiesen bekommen, sagte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums am Samstag.

Über Weihnachten und Neujahr gibt es einen Zuweisungsstopp des Landes an die Kommunen. Derzeit haben vor allem Großstädte nicht die Zahl an Flüchtlingen aufgenommen, die sie nach den gesetzlichen Vorgaben unterbringen müssten. So lebten laut Verteilerstatistik der Bezirksregierung Arnsberg im November in Köln fast 5700 Flüchtlinge weniger als vorgesehen. In Duisburg waren es etwa 2800, in Düsseldorf 2700 und in Essen 2400. Viele kleinere Gemeinden liegen dagegen über dem Soll.

Die ungleiche Verteilung hat zur

Folge, dass die Großstädte mehr Geld vom Land erhalten, als sie bei einer Abrechnung nach der tatsächlichen Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge bekommen würden. Das Geld wird nach Angaben des Ministeriumssprechers derzeit als Pauschale auf Basis der Einwohnerzahl und Fläche der jeweiligen Gemeinde gezahlt. „Damit erhalten die Kommunen das Geld unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Flüchtlinge.“

Ab 2017 wird die Verteilung der Flüchtlingsgelder nach Angaben des Sprechers umgestellt. Das Geld – ab kommendem Jahr 10 000 Euro je Flüchtling und Jahr – soll dann personen- und monats-scharf ab Zuweisung der Flüchtlinge an die Kommunen gezahlt werden. Die Umstellung sei nicht früher möglich, weil die Kommunen erst ein IT-System für die genaue Abrechnung aufbauen müssten. Dagegen fordert CDU-Fraktionsvize André Kuper (Rietberg), den bisherigen Fehler schon im nächsten Jahr bei den neuen Geldzuweisungen an die Kommunen auszugleichen.